Name und Anschrift des Bewerbers:

(Ort) (Datum)

Stadt Löhne
c/o Zentrale Vergabestelle des Kreises Herford

über den elektronischen Projektraum

Teilnahmeantrag

Vergabe von Planungsleistungen zur Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes Stadt Löhne

1

Wir[1] beantragen hiermit die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Beauftragung von Objektplanungsleistungen für Frei- und Verkehrsanlagen i.S.d. §§ 39 und 47 HOAI in den LPH 5+6 und 7-9.

Wir erklären, dass wir nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Recht zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt / Ingenieur berechtigt sind und Voraussetzungen weiterer Vorlageberechtigungen erfüllen. Auf Verlangen weisen wir die Befugnis zur Berufsausübung nach.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

3

Wir bewerben uns

☐ als Einzelbewerber

☐ als Bewerbergemeinschaft

[1] Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbergemeinschaften.

4

Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag[2]:

- ☐ Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☐ Vordruck 2: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB
- ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung gem. § 19 Abs. 3 MiLoG
- ☐ Vordruck 4: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5 k VO (EU) Nr. 833/2014
- ☐ Vordruck 5: Erklärung zum Umsatz und zum Versicherungsschutz
- ☐ Vordruck 6: Referenzen
- ☐ Vordruck 7: Nachunternehmen / Sonstige Dritte
- ☐ Selbst verfasste Verfügungsbarkeits-/Verpflichtungserklärung des/ der zum Nachweis der Eignung in Bezug genommenen Unternehmen(s) (Nachunternehmen / Sonstige Dritte) i.S.d. § 47 Abs. 1 VgV
- ☐ Vordruck 8 (soweit erforderlich): Bewerbergemeinschaftserklärung gemäß den Angaben der Bekanntmachung
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____.

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

_____		_____
(Ort)	(Datum)	(Name der erklärenden Person)

Hinweis:

Mit Einreichung des Teilnahmeantrags über das Bietertool des elektronischen Projektraums gilt dieser als unterschrieben. Auch nachfolgend weiter geforderte Unterschriften gelten für das Unternahmen, das den Teilnahmeantrag als Einzelbewerber oder bevollmächtigtes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft abgibt, als erbracht. Für alle weiteren Unternehmen sind die geforderten Erklärungen unterzeichnet einzureichen.

[2] Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an. Die Anforderungen an den Nachweis der Eignung ergeben sich aus der Auftragsbekanntmachung.

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher

Firmenname und Adresse:			
Geschäftsfelder:			
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:			
Kontaktdaten (Telefon/Fax/eMail):			
Internetadresse:			
Rechtsform:			
Gesellschafterverhältnisse:			
Haupt-/sitz des Unternehmens:			
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:			
Anzahl fest angestellter Architekt*innen, Ingenieur*innen und sonstige Mitarbeiter*innen der letzten drei Jahre (Mindestanforderung: Der Bewerber muss/ die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft in Summe müssen für den Zeitraum der letzten 3 Jahre mind. 2 Landschaftsarchitekt*innen oder mind. 1 Landschaftsarchitekten/in sowie mind. 1 Fachkraft mit entsprechender techn. Qualifikation /Befähigung (z.B. aus dem Bereich Landschaftsbau) nachweisen.)	2023:	Landschaftsarchitekt*in:	
		Fachkraft techn. Qualifikation:	
		Bauzeichner*in/Techn. Zeichner*in:	
		sonst. MA*innen:	
	2024:	Landschaftsarchitekt*in:	
		Fachkraft techn. Qualifikation:	
		Bauzeichner*in/Techn. Zeichner*in:	
		sonst. MA*innen:	
	2025:	Landschaftsarchitekt*in:	
		Fachkraft techn. Qualifikation:	
		Bauzeichner*in/Techn. Zeichner*in:	
		sonst. MA*innen:	

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB

Name des erklärenden Unternehmens:

Hiermit erklären wir, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer Selbstreinigung i. S. d. § 125 GWB die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i. S. d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,

☐ in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung/ Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i. S. d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

Ort, Datum

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Die Erklärung ist außerdem von vorgesehenen Nachunternehmern einzureichen. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erhebliche oder fortdauernde Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadenersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestariftreuegesetzes bleiben unberührt.

Vordruck 3: Erklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG

Name des erklärenden Unternehmens:	

Wir erklären,

dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) in Bezug auf unser Unternehmen nicht vorliegen.

Ort, Datum	Unterschrift

§ 19 MiLoG Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge

(1) Von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in §§ 99 und 100 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber sollen Bewerberinnen oder Bewerber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden, die wegen eines Verstoßes nach § 21 Absatz 1 Nummer 1 bis 10, 12 und 13 oder Absatz 2 mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.
(2) Die für die Verfolgung oder Ahndung der Ordnungswidrigkeiten nach § 21 Absatz 1 Nummer 1 bis 10, 12 und 13 oder Absatz 2 zuständigen Behörden dürfen öffentlichen Auftraggebern nach § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und solchen Stellen, die von öffentlichen Auftraggebern zugelassene Präqualifikationsverzeichnisse oder Unternehmer- und Lieferantenverzeichnisse führen, auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte geben.
(3) Öffentliche Auftraggeber nach Absatz 2 fordern im Rahmen ihrer Tätigkeit beim Wettbewerbsregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 Nummer 1 bis 10, 12 und 13 oder Absatz 2 an oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach Absatz 1 nicht vorliegen. Im Falle einer Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers können öffentliche Auftraggeber nach Absatz 2 jederzeit zusätzlich Auskünfte des Wettbewerbsregisters anfordern.
(4) Bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro fordert der öffentliche Auftraggeber nach Absatz 2 für die Bewerberin oder den Bewerber, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregisters an.
(5) Vor der Entscheidung über den Ausschluss ist die Bewerberin oder der Bewerber zu hören.

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 4: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014

Name des erklärenden Unternehmens:	

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 vom 18.12.2023, öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen, der in den Anwendungsbereich der EU-Richtlinien über die Öffentliche Auftragsvergabe fällt, oder sie in einem Umfang von mehr als 10 % des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise an einem entsprechenden Auftrag zu beteiligen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile über 50% unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Wir versichern hiermit, dass wir keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten wir zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10 % des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden.

Ort, Datum	Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 5: Erklärung zum Umsatz und zum Versicherungsschutz

Name des erklärenden Unternehmens:	

Mindestanforderungen:

☐ Der Netto-Gesamtumsatz des Bewerbers/sämtlicher Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft in der Summe muss im Zeitraum der letzten 3 Jahre (2023-2025) jeweils mindestens 150.000 EUR pro Jahr betragen haben.

Netto-Gesamtumsatz der letzten drei Geschäftsjahre

2023	2024	2025

Eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 2,0 Mio. € für Personenschäden und 2,0 Mio. € für Sachschäden, zweifach maximiert pro Jahr

☐ besteht bereits

☐ wird im Auftragsfall abgeschlossen.

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 6: Referenzen

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck (2 Seiten). Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt.

Hinsichtlich der besonderen Mindestanforderungen an die Referenzlage und insbesondere der Vergleichbarkeit einer Referenz mit dem zu vergebenden Auftrag bzw. der Methodik der Bewerberauswahl bei einer größeren Anzahl geeigneter Bewerber wird auf die Angaben unter Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der EU sowie die im Projektraum bereitgestellte Wertungsmatrix verwiesen.

Danach ist mindestens eine Referenz über Objektplanungsleistungen für Freianlagen nachzuweisen, die sämtliche folgende Anforderungen erfüllt:

a) Referenz betrifft eine innerstädtische Anlage mindestens der HZ III i.S.d. Anl. 11.2 mit Aufenthaltsbereich(en),
b) Referenz beinhaltet eine barrierefreie Gestaltung (Rampe, taktiles Leitsystem, o.a.)
c) Referenz umfasst Baukosten (KG 500) von mind. 300.000 EUR netto,
d) es wurden Grundleistungen der Objektplanung für Freianlagen i.S. § 39 HOAI in mind. den Leistungsphasen 5, 6+8 erbracht,
e) das Referenzobjekt ist seit 01/2018 fertiggestellt bzw. an den Nutzer übergeben oder mind. LPH 8 erbracht und abgeschlossen

Weiter ist mindestens eine Referenz über Objektplanungsleistungen für Verkehrsanlagen nachzuweisen, die sämtliche folgende Anforderungen erfüllt:

a) Referenz betrifft eine Verkehrsanlage für den ruhenden Verkehr (Pkw-Parkplatz oder Park & Ride-Anlage oder Kiss & Ride-Anlage, o. ä.) mindestens der HZ II i.S.d. Anl. 13.2,
b) Referenz umfasst Baukosten (KG 500) von mind. 150.000 EUR netto,
c) es wurden Grundleistungen der Objektplanung für Verkehrsanlagen i.S. § 47 HOAI in mind. den Leistungsphasen 5, 6+8 erbracht,
d) das Referenzobjekt ist seit 01/2018 fertiggestellt bzw. an den Nutzer übergeben oder mind. LPH 8 erbracht und abgeschlossen

Im Falle einer Bewerberauswahl bei einer größeren Anzahl an Bewerbern, welche die vorstehenden Mindestanforderungen erfüllen, erfolgt eine vertiefte Beurteilung der im Teilnahmeantrag angeführten Referenzaufträge hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit dem zu vergebenden Auftrag. Die entsprechenden Kriterien der Vergleichbarkeit ergeben sich aus der im Projektraum bereitgestellten Matrix zur Begrenzung des Teilnehmerkreises. Es werden dabei nur solche Referenzen berücksichtigt, welche sämtlich vorstehende Anforderungen vollständig erfüllen. Die Anzahl an Referenzen, die mit dem Teilnahmeantrag angeführt werden können, ist nicht beschränkt. Es werden aber nur die drei am besten bepunkteten Referenzen bei der Bewerberauswahl berücksichtigt.

Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen.

Inhaber der Referenz:	
Referenznummer:	
Referenzprojekt:	
Auftraggeber, Anschrift sowie möglichst Ansprechpartner (mit Telefonnummer):	
Baumaßnahme:	☐ Ertüchtigung ☐ Neubau *weitere Angaben zur Differenzierung unter kurze Beschreibung auf S. 11
Erbrachte Grundleistungen der Objektplanung für:	Freianlage: LPH _____ / HZ _____ Verkehrsanlage: LPH _____ / HZ _____
Fläche / Außenfläche in m²:	der Freianlage: _____ der Verkehrsanlage: _____
Leistungszeitraum (Monat/Jahr - Monat/Jahr bzw. laufend):	Freianlage: _____ bis _____ Verkehrsanlage: _____ bis _____
Fertigstellung (seit 01/2018):	Freianlage: _____ Verkehrsanlage: _____
Netto-Baukosten in EUR (KG 500):	Freianlage: _____ Verkehrsanlage: _____
Erbrachte Besondere Leistungen:	Freianlage: ☐ Erstellen einer Freianlagenbestandsdokumentation ☐ Überwachung der Entwicklungs- und Unterhaltungspflege Verkehrsanlage: ☐ Überwachen der Ausführung der Bauleistungen ☐ Überwachen der Mängelbeseitigung

Funktion im Projekt / Erbringung der Planungsleistungen als:	☐ Auftragnehmer ☐ mit Nachunternehmer ☐ Bestandteil einer beauftragten Planungs-Arbeitsgemeinschaft ☐ Nachunternehmen

Kurze Beschreibung des Referenzprojekts, zur Komplexität des Projekts und zur Vergleichbarkeit mit den zu vergebenden Leistungen:

☐ Freianlage beinhaltet Gebäudebezug mit diversen Zwangspunkten (Anschlusshöhen, Entwässerung, etc.)
☐ Freianlage beinhaltet Geländegestaltung mit Abstützungen
☐ Freianlage beinhaltet Geländegestaltung ohne Abstützungen
☐ Freianlage mit Repräsentationsansprüchen
☐ Freianlage beinhaltet Begleitgrün zu Objekten/ Bauwerk(en)
☐ Freianlage grenzt an Fläche/Grundstück der Dt. Bahn an
☐ Freianlage steht im Zusammenhang mit einer öffentlichen Förderung oder Zuwendung
☐ Freianlage mit taktilem Leitsystem, o.ä. (Barrierefreiheit visuell)
☐ Freianlage beinhaltet stufenlose Wegeführung, Rampe(n), o.ä. (Barrierefreiheit Mobilität)
☐ Freianlage beinhaltet umfängliche Radabstellanlage
☐ Verkehrsanlage grenzt an Fläche/Grundstück der Dt. Bahn an
☐ Verkehrsanlage steht im Zusammenhang mit einer öffentlichen Förderung oder Zuwendung
☐ Verkehrsanlage beinhaltet taktiles Leitsystem

Beschreibung:

Vordruck 7: Nachunternehmen / Sonstige Dritte

Name des erklärenden Unternehmens:	

Zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit / fachlichen Eignung (Erfüllung der Mindestanforderungen an die Referenzlage)

beziehen wir uns

☐ auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen, namentlich der folgenden Unternehmen

lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Anschrift	Funktion	geplanter Leistungsbereich:
☐			☐ Nachun-ternehmer ☐ Sonstiges	
☐			☐ Nachun-ternehmer ☐ Sonstiges	
☐			☐ Nachun-ternehmer ☐ Sonstiges	
☐			☐ Nachun ternehmer ☐ Sonstiges	

Uns ist bewusst, dass wir mit dem Teilnahmeantrag dem Auftraggeber nachzuweisen haben, dass uns im Auftragsfall die Mittel dieser Unternehmen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Hierzu überreichen wir **anliegend** eine Verfügbarkeitserklärung des benannten Nachunternehmens / sonstigen Unternehmens.

Inwieweit wir darüber hinaus den Einsatz von Nachunternehmen beabsichtigen, werden wir mit dem Angebot mitteilen.

Ausfüllhinweise

Angaben dazu, welche Unternehmen im Auftragsfall bestimmte Leistungen als Nachunternehmer erbringen sollen, sind **nur** dann bereits mit dem Teilnahmeantrag erforderlich, wenn sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zur Erfüllung der Mindestanforderungen an die Referenzlage auf Referenzen anderer Unternehmen bezieht (sog. Eignungsleihe). Diese anderen Unternehmen müssen dann als Nachunternehmer für diejenigen Leistungen vorgesehen werden, für die zum Nachweis der Eignung auf ihre durch entsprechende Referenzen belegte Erfahrung verwiesen wurde.

Vordruck 8: Bewerbergemeinschaftserklärung

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren eine Bewerbergemeinschaft gegründet haben.

1. Bewerbergemeinschaftsdaten

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bewerbergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtgeschäftlich Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),

- wir die Absicht haben, im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Auftragsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlich bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bewerbergemeinschaft benennen wir:

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

(Vor- und Zuname):

Telefon;/ Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

2. Unterschrift aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft:

Ort, Datum — BG-Mitglied 1 (Stempel und Unterschrift)

Ort, Datum — BG-Mitglied 2 (Stempel und Unterschrift)

Ort, Datum — BG-Mitglied 3 (Stempel und Unterschrift)

Ort, Datum — BG-Mitglied 4 (Stempel und Unterschrift)